

## **Antragsteller: Landesvorstand**

*Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen:*

### **1 A1: Demokratie verteidigen, Faschismus bekämpfen: Unsere 2 Strategie gegen den Rechtsruck**

3 In der Geschichte Nachkriegsdeutschland ist die AfD nicht die erste Partei, die sich  
4 rechts der CDU etablieren wollte, jedoch ist sie die erste Partei, die dies tatsächlich  
5 geschafft haben könnte. Der ohnehin nicht allumfassende, aber doch dominierende  
6 antifaschistische Grundkonsens der Nachkriegszeit scheint momentan in Auflösung  
7 begriffen und die von allen Seiten immer wieder beschworene "Brandmauer gegen  
8 Rechts" bröckelt. Bereits jetzt gibt es lokale Kooperationen von CDU und AfD und  
9 unvergessen bleibt der Tabubruch von Thomas Kemmerich, der sich mit den Stimmen  
10 der AfD zum Ministerpräsidenten wählen ließ. Mit der fortschreitenden Normalisierung  
11 und Wahlerfolgen der AfD werden bürgerliche Parteien schon bald weitere Bündnisse  
12 mit faschistischen Parteien eingehen. Im Kampf gegen rechts sind CDU und FDP keine  
13 verlässlichen Partner, vielmehr verhindern sie durch das Propagieren der  
14 Hufeisentheorie breite antifaschistische Bündnisse. Die Lage ist also ernst:  
15 Rechtsextremismus und Faschismus stellen wieder eine schwerwiegende Gefahr für  
16 unsere Demokratie und Gesellschaft dar.

17  
18 Dabei beschränkt sich das Geschehen nicht nur auf die Parlamente, auch im  
19 vorpolitischen Raum agieren Rechtsextreme sehr erfolgreich. Rechte Propaganda wird  
20 insbesondere im Netz verbreitet und liberale bzw. linke Kräfte haben die Diskurshoheit  
21 längst verloren. Gerade weil die AfD es schafft, das politische Klima insgesamt zu prägen,  
22 ist sie auch in der Opposition erfolgreich. Andere Parteien übernehmen sowohl Rhetorik  
23 als auch Inhalte der AfD. Leider lässt sich auch die SPD – vor allem in der Innenpolitik –  
24 immer wieder auf rechte Framings ein. Der Rechtsruck politischer Diskurse und  
25 Narrative wird so noch weiter befeuert. Währenddessen laufen gerade in  
26 strukturschwachen Gegenden zivilgesellschaftliche Strukturen, aber auch politische  
27 Institutionen, Gefahr, von rechtsextremen Akteur:innen durchsetzt zu werden.  
28 Exemplarisch dafür ist die völkische Landnahme, die z.B. in der Lüneburger Heide  
29 stattfindet.

30  
31 Obwohl das Gewaltpotential rechter Ideologien steigt, reagieren unsere  
32 Sicherheitsinstitutionen nicht adäquat auf die Gefahr von rechts. Entweder weil sie die  
33 Augen vor rechtsextremen Strukturen verschließen oder weil sie selbst größere  
34 Probleme mit rechten Netzwerken in ihren Reihen haben. Währenddessen nehmen  
35 Rechtsterrorismus und Angriffe auf Flüchtlingsheime immer weiter zu – vielfach sind es  
36 Einzeltäter, die sich im Netz radikalisiert haben. In Anbetracht dessen, dass ein nicht  
37 sonderlich kleiner Teil Rechtsextremer legalen Zugang zu Schusswaffen besitzt, ist dies  
38 besonders besorgniserregend. Die rassistischen Morde in Hanau und weitere rechte  
39 Anschläge zeigen, welche Gefahren sich hinter dem zu liberalen deutschen Waffenrecht  
40 verbergen.

### **41 [Faschismus fällt nicht vom Himmel](#)**

42 Der Vormarsch rechtsextremer und faschistischer Organisationen kommt nicht aus dem  
43 Nichts, sondern wurde seit längerem forciert. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zur  
44 Neuformation rechtsextremer Kräfte, die sich daran machten, ihre rechte Ideologie auf  
45 ein neues Fundament zu stellen. Machtlos im parlamentarischen Raum war ihr Ziel,

46 kulturelle Hegemonie im vorpolitischen Raum zu erlangen und die Frage, was noch als  
47 konservativ und gesellschaftsfähig durchgeht, in ihrem Sinne zu beantworten. Die AfD  
48 beförderte diese Art von Metapolitik schließlich erfolgreich in die Parlamente hinein.

49  
50 Diese Neuformierung von rechtsextremen und faschistischem Gedankengut in der  
51 Nachkriegszeit war notwendig für den heutigen Erfolg der AfD, erklärt ihn jedoch nicht  
52 vollständig. Auch der Verlust der Mobilisierungsfähigkeit linker Parteien für ihre  
53 ursprüngliche Wähler:innenschaft muss berücksichtigt werden. Seit Ende des 20.  
54 Jahrhundert sind Arbeiter:innen als Klasse aus dem Jargon linker Parteien weitgehend  
55 verschwunden und damit auch ihre klassenspezifischen Lebensrealitäten, Hoffnungen  
56 und Wünsche aus dem Mainstreamdiskurs. Der Klassenwiderspruch musste  
57 neutralisierenden Phrasen von Eigenverantwortung und Gemeinwohl Platz machen.  
58 Begleitet wurde dies durch einen Sozialabbau, der zum Teil von linken Parteien  
59 vorangetrieben wurde. Doch nur weil die Arbeiterklasse sprachlich aus der Politik  
60 getilgt wurde, heißt dies noch nicht, dass die Menschen, die früher mit diesem Wort  
61 beschrieben wurden, verschwunden sind. Vielmehr kam es zu einer Neuformierung  
62 dieser Gruppe: Parteien, wie die AfD, präsentierten sich als einzige, die sich noch um die  
63 Interessen der "einfachen Leute" zu kümmern schienen – jetzt jedoch verbunden mit  
64 einer ethnischen und nicht einer objektiven materiellen Grundlage. Rechte Ideologien  
65 fielen auf den fruchtbaren Boden eines innerhalb der Mehrheitsgesellschaft  
66 vorhandenen latenten Rassismus und wurden dankbar aufgegriffen.

67  
68 Nicht zuletzt die Zuwanderung Geflüchteter, die in den letzten Jahren zugenommen hat,  
69 vor allem seit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015, hat enorm zur Befeuerung und  
70 Propagierung rechter Ideologien im öffentlichen Diskurs beigetragen. Vor dem neuen  
71 Feindbild der Geflüchteten und den vermeintlichen Gefahren, die spezifisch von dieser  
72 Gruppe ausgehen würden, wird von Rechten – egal ob auf der Straße oder in den  
73 Parlamenten – gewarnt und Geflüchtete, womit meistens BPoCs gemeint sind, zum  
74 neuen Feindbild erklärt. Die politische Linke hat es versäumt, in den letzten Jahren eine  
75 adäquate Antwort auf den gesteigerten Migrations- und Fluchtdruck zu formulieren.  
76 Umso mehr lässt man sich nun von rechtsextremen Diskursen treiben, die dem Staat  
77 Kontrollverlust und Handlungsunfähigkeit unterstellen und damit erfolgreich an  
78 Ressentiments in der Bevölkerung andocken.

### 79 **Unser Antifaschismus muss mehr sein**

80 Um dem umfassenden Rechtsruck und der Normalisierung von rechtsextremen  
81 Gedankengut etwas entgegenzusetzen, müssen wir aus der Defensive wieder in die  
82 Offensive kommen. Antifaschismus muss sich als aktive politische und soziale Kraft  
83 positionieren und mehr sein als die Organisation von Wahlbündnissen gegen die AfD  
84 oder andere rechte Parteien. Der Erfolg der AfD ist nicht zuletzt auch ein Resultat der  
85 Aushöhlung unserer Demokratie durch den Kapitalismus. Antifaschismus darf deswegen  
86 nicht nur den Status Quo verteidigen, sondern sollte die Vision einer sozialen und  
87 freiheitlichen Gesellschaft für alle eröffnen. Die in breiten Teilen der Bevölkerung  
88 verankerten rassistischen und autoritären Denkmuster können wir so vielleicht nicht  
89 vollständig beseitigen, aber zumindest deutlich abschwächen. Faschistische Ideologien  
90 dürfen nirgends hingenommen werden. Dementsprechend dürfen wir Regionen oder  
91 Teile der Bevölkerung nicht einfach aufgeben, sondern müssen gerade dort, wo  
92 antifaschistische Arbeit mit erheblichen Gefahren und Restriktionen verbunden ist,  
93 Aktivist:innen in ihrer Arbeit unterstützen.

94

95 Antifaschistische Arbeit braucht ein konsequentes zivilgesellschaftliches, politisches und  
96 rechtliches Vorgehen gegen Rechtsextremismus, wo immer dies möglich ist. Moralische  
97 Appelle, die Spielregeln, Gepflogenheiten und Grenzen unseres politischen Systems zu  
98 akzeptieren, sind hingegen der falsche Weg. Im Gegenteil führen sie eher dazu, dass  
99 Ressentiments bei Anhänger:innen dieser Parteien eher noch verstärkt werden. Kein  
100 Fußbreit dem Faschismus, das bedeutet:

101

- 102 • Ob Pegida, Bündnis Deutschland, AfD oder andere Gruppierungen:  
103 Rechtsextremismus und rechte Verschwörungstheorien müssen als solche klar  
104 benannt und nicht weiter verharmlost werden. Verschleiende  
105 Eigenbezeichnungen wie “besorgte Bürger” oder “national-konservativ” dürfen  
106 nicht weiter reproduziert werden.  
107
- 108 • Rechtsextremen darf keinerlei Plattform geboten werden. Es muss jede  
109 Möglichkeit genutzt werden, ihnen diese zu entziehen oder zu verwehren. Dies  
110 schließt den Dialog in situationsadäquater Form jedoch nicht aus.
- 111 • Es gilt, alle rechtlichen Maßnahmen auszuschöpfen, um rechtsextreme Parteien  
112 und insbesondere die AfD zu schwächen. Dies schließt ein, die Finanzierung  
113 dieser Parteien und ihrer Stiftungen einzuschränken, sowie diese vom  
114 Sicherheitsbehörden beobachten zu lassen. Ein Verbotsverfahren der AfD und  
115 ihrer Jugendorganisation muss ernsthaft geprüft werden.  
116
- 117 • Bei der Verteilung finanzieller Mittel muss auf kommunaler, Landes- und  
118 Bundesebene sichergestellt werden, dass das Geld nicht rechtsextremen  
119 Strukturen zugutekommt.  
120
- 121 • Zivilgesellschaft und Antifaschist:innen vor Ort müssen durch uns gestärkt  
122 werden. Die SPD und wir Jusos müssen uns nach Möglichkeiten in (lokalen)  
123 Bündnissen gegen Rechts einbringen und durch Teilnahme an Demonstrationen  
124 und Kundgebungen Präsenz zeigen. Für Genoss:innen, die von rechten  
125 Einschüchterungsversuchen oder sogar Gewalt betroffen sind, müssen wir  
126 Unterstützungsstrukturen auch innerhalb der SPD etablieren.  
127
- 128 • Staatliche und rechtliche Möglichkeiten müssen voll ausgeschöpft oder wenn  
129 nötig ausgeweitet werden. Dazu gehört zuallererst die konsequente  
130 Strafverfolgung von rechten Straftäter:innen, die Zerschlagung rechter  
131 Strukturen in den Sicherheitsbehörden und das Entfernen von Rechtsextremen  
132 aus dem Staatsdienst. Des Weiteren muss das Waffenrecht reformiert und  
133 deutlich verschärft werden.  
134
- 135 • Nicht nur die Politik muss handeln, auch zivilgesellschaftliche Akteur:innen  
136 stehen in der Pflicht, rechtsextremes Gedankengut in ihren Reihen ernst zu  
137 nehmen und zu handeln, bevor es zu spät ist. Das gilt für Sportvereine, wie auch  
138 für Bürgerinitiativen.  
139

140 Zu einer klaren Kante gegen Rechts gehört auch, dass wir klar und überzeugend für  
141 unsere eigenen Grundwerte einstehen und uns nicht weiter von rechts treiben lassen.  
142 Das bedeutet:

143

- 144 • Dass sich jegliche Zusammenarbeit mit der AfD oder anderen rechtsextremen  
145 Parteien in Kommunen oder auf Landes- und Bundesebene verbietet, ist  
146 selbstverständlich. Es darf aber auch keine Anpassung an die rechtsextreme  
147 Agenda und Rhetorik aus der Angst heraus, Wählerstimmen zu verlieren, geben.  
148 Das gilt insbesondere in der Innenpolitik.  
149
- 150 • Wir verfolgen eine Politik, die den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital wieder  
151 mehr in den Mittelpunkt rückt und dabei die wirtschaftsliberalen Forderungen  
152 der AfD stärker problematisiert. Unter Berücksichtigung individueller  
153 Lebensrealitäten machen wir eine Politik im Interesse aller Arbeiter:innen und  
154 Arbeitnehmer:innen. Wir stellen die (sozialen) Rechte und Bedürfnisse der  
155 Einzelnen in den Mittelpunkt und positionieren uns gleichzeitig gegen  
156 Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung.  
157
- 158 • Der gegenwärtigen menschenfeindlichen Migrationspolitik und der damit  
159 verbundene Hetze gegen Geflüchtete gilt es etwas entgegenzusetzen, was sowohl  
160 rassistischen Narrativen widerspricht als auch einen praxistauglichen und  
161 ehrlichen Umgang mit Migration und Flucht ermöglicht.  
162
- 163 • Prävention ist wirksamer als Reaktion. Demokratie und Toleranz,  
164 antifaschistische und antirassistische Grundbildung müssen deswegen von  
165 Anfang an in unserem Bildungssystem verankert werden. Gerade die Bundes-  
166 und Landeszentralen für politische Bildung spielen hier eine hervorgehobene  
167 Rolle, für sie und die politische Bildung insgesamt braucht es mehr und nicht  
168 weniger Ressourcen für politische Bildung.  
169
- 170 • Die Zivilgesellschaft muss stärker darin geschult werden, rechtsextremes  
171 Gedankengut zu erkennen. Vereine und Institutionen, die ebenfalls  
172 zivilgesellschaftlich organisiert sind, müssen bei der Durchführung von  
173 Antirassismus-, Antisemitismus-, und Demokratie-Workshops gefördert werden.  
174
- 175 • Wenn wir unsere Demokratie verteidigen wollen, müssen wir sie auch ernst  
176 nehmen. Gerade für Menschen, die momentan von Entscheidungsprozessen  
177 ausgeschlossen sind, müssen wir niedrigschwellige Beteiligungs- und  
178 Mitbestimmungsmöglichkeiten schaffen – auch um diesen Menschen das Gefühl  
179 von Machtlosigkeit zu nehmen. Dies gilt besonders für junge Menschen.